



Berlin Wahl 2026:

Gute Kinder- und Jugendpolitik im Fokus

Wofür wir stehen...

Wir wollen gute Kinder- und Jugendpolitik vor den Berliner Wahlen in 2026 in den Mittelpunkt rücken! Wir haben hierfür unsere wichtigsten Anliegen zusammengetragen und anhand der Wahlprogramme analysiert, wie SPD, Grüne, Linke und CDU zu einzelnen Forderungen stehen.

Wir verstehen Kinder- und Jugendpolitik als eine Politik, die auf einer strukturell verankerten, inklusiven und wirksamen Beteiligung junger Menschen basiert. Kinder- und Jugendpolitik soll allen jungen Menschen unabhängig von ihren individuellen Voraussetzungen Zugänge zu Beteiligung eröffnen, Ausgrenzung abbauen sowie Räume und Ressourcen bereitstellen, in denen junge Menschen ihre Interessen vertreten und gesellschaftliche Entwicklungen aktiv mitgestalten können. Politische Beteiligung muss für junge Menschen zugänglich sein.

Dafür müssen Angebote barrierearm, leicht erreichbar, zeitlich jugendgerecht und diskriminierungssensibel gestaltet werden. Für gute Kinder- und Jugendpolitik braucht es ...

1. Zusammenarbeit und Vernetzung zwischen den Bezirken stärken

Die Kinder- und Jugendpolitik in Berlin benötigt eine deutlich stärkere Zusammenarbeit zwischen den Bezirken sowie eine bessere Vernetzung innerhalb der Bezirke. Derzeit fehlt häufig ein Überblick über bestehende Angebote, Beteiligungsformate und erfolgreiche Praxisbeispiele. Dies erschwert den Wissensaustausch, führt zu Doppelstrukturen und verhindert eine strategische Weiterentwicklung. Statt kurzfristig auf offensichtliche Problemlagen zu reagieren, braucht Berlin eine langfristige und koordinierte Planung der Kinder- und Jugendpolitik.



Hierfür fordern wir:

2. Kinder- und jugendgerechte und verbindliche Umsetzung der kinderfreundlichen Kommune

Der Senat hat beschlossen, dass Berlin eine kinderfreundliche Kommune werden soll. Wir fordern eine verbindliche Umsetzung des Beschlusses, damit ein verbindliches politisches Leitbild entsteht. Hierbei ist entscheidend, dass die Beteiligung und die Interessen junger Menschen langfristig, ressortübergreifend und verbindlich verankert werden. Bestehende Konzepte dürfen nicht lediglich als politische Schlagworte verwendet werden, sondern müssen mit konkreten Zielen, Maßnahmen und überprüfbaren Standards hinterlegt werden.

Um den derzeitigen Stand der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen und deren Lebenslagen zu ermitteln, fordern wir:

3. Den Berliner Kinder- und Jugendbericht verbindlich erstellen und ressortübergreifend auszurichten

In Paragraph § 43 AG KJHG ist die Erstellung eines Berliner Kinder- und Jugendberichts gesetzlich vorgesehene. Ein solcher Bericht sollte nicht ausschließlich die Lebenslagen junger Menschen oder die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe betrachten, sondern aufzeigen, wie sämtliche politischen Ressorts die Interessen von Kindern und Jugendlichen berücksichtigen. Kinder und junge Menschen sind von allen politischen Entscheidungen in den verschiedensten Bereichen, wie z.B. Stadtentwicklung, Mobilität oder Klima, betroffen. Dies muss sich auch in der Berichterstattung widerspiegeln und ressortübergreifend dokumentiert werden. Dadurch werden auch Behörden und Verwaltungsbereiche in die Verantwortung genommen, die Kinder und Jugendliche bislang nur unzureichend in ihren Planungen und Entscheidungen berücksichtigen.

4. Beteiligungsstrukturen stärken und mit echter Entscheidungsmacht ausstatten

Berlin braucht mehr Beteiligungsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche sowie eine deutliche Stärkung bestehender Beteiligungsformate. Jugendgremien und andere Beteiligungsstrukturen dürfen nicht auf symbolische Mitwirkung reduziert werden. Sie benötigen verbindliche Mitspracherechte, ausreichende finanzielle Ressourcen sowie eigene Gestaltungsspielräume. Darüber hinaus sollte ein Berliner Beteiligungsgesetz geschaffen



werden, das Beteiligungsrechte verbindlich regelt und Mindeststandards für alle politischen Ebenen festlegt.

5. Beteiligung nachhaltig planen und ausreichend finanzieren

Neue Beteiligungsformate dürfen nicht geschaffen werden, ohne ihre langfristige Umsetzung sicherzustellen. Bereits bei der Entwicklung neuer Strukturen müssen ausreichende finanzielle Mittel, personelle Ressourcen und realistische Zeitpläne eingeplant werden. Nachhaltige Beteiligung erfordert kontinuierliche Unterstützung statt kurzfristiger Modellprojekte oder einzelner Maßnahmen, die vor allem kurzfristigen politischen Zielen dienen.

Um eine Teilnahme von möglichst verschiedenen Kinder- und Jugendlichen zu gewährleisten, fordern wir:

6. Beteiligung sichtbar machen und strukturell verankern

Die Information über Beteiligungsmöglichkeiten darf nicht vom Engagement einzelner Fachkräfte oder engagierter Einzelpersonen abhängen. Kinder und Jugendliche müssen unabhängig von ihrem Wohnbezirk, ihrer Schule oder ihrem sozialen Umfeld verlässlich über bestehende Beteiligungsstrukturen informiert werden. Dafür braucht es verbindliche Informations- und Kommunikationsstrukturen sowie ausreichend personelle und finanzielle Ressourcen, damit Beteiligung aktiv begleitet und ermöglicht werden kann.

7. Schule als Ort der Mitbestimmung und Demokratiebildung

Schulen sind zentrale Orte, an denen Kinder und Jugendliche ihre Beteiligungsmöglichkeiten kennenlernen und demokratische Teilhabe erfahren können. Dafür fehlt im Schulalltag jedoch häufig der notwendige Raum. Enge Lehrpläne sowie begrenzte zeitliche und finanzielle Ressourcen erschweren die nachhaltige Verankerung von Beteiligungsstrukturen. Diese müssen daher gestärkt und ausreichend ausgestattet werden. Sie befähigen Kinder und Jugendliche, ihre Interessen zu vertreten und sich auch außerhalb der Schule gesellschaftlich und politisch zu engagieren.



8. Frei zugängliche und selbstbestimmte Räume für junge Menschen schaffen

Berlin braucht aber auch außerhalb der Schule mehr frei zugängliche Räume, die junge Menschen selbstbestimmt nutzen und gestalten können. Die Förderung von Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen allein reicht hierfür nicht aus. Neben pädagogisch begleiteten Angeboten müssen auch selbstverwaltete und niedrigschwellige Räume geschaffen und langfristig abgesichert werden. Junge Menschen benötigen Orte, an denen Begegnung, Freizeitgestaltung, politische Organisation und kulturelle Aktivitäten eigenverantwortlich möglich sind.



Was wir aus den Wahlprogrammen von SPD, Grüne, Linke und CDU wissen...

Im Folgenden soll ein Überblick darüber gegeben werden, inwieweit die ausgeführten Forderungen auch von den Parteien zur Abgeordnetenhauswahl in Berlin aufgegriffen werden. Dafür werden die acht Forderungen von uns nacheinander betrachtet und den Positionen der Parteien gegenübergestellt. So wollen wir zur Transparenz mit Blick auf kinder- und jugendpolitische Positionen beitragen.

1. Zusammenarbeit und Vernetzung zwischen den Bezirken stärken

Grüne, SPD und Linke setzen auf eine stärkere Vernetzung und koordinierte Strukturen der Beteiligung. Die CDU betont ebenfalls die Vernetzung, bezieht sich dabei jedoch vor allem auf die bestehenden Kinder- und Jugendparlamente in den Bezirken. Insgesamt zeigt sich damit bei allen Parteien eine grundsätzliche Bedeutung von Vernetzung, allerdings mit unterschiedlichen Schwerpunkten.

2. Berlin als kinderfreundliche Kommune

Die Grünen benennen ausdrücklich das Ziel einer „Kinderfreundlichen Kommune“ und verbinden dies mit konkreten Beteiligungsrechten. SPD und Linke setzen ebenfalls auf eine stärkere und verbindlichere Verankerung von Kinder- und Jugendbeteiligung, während die CDU vor allem bestehende Beteiligungsstrukturen stärken und vernetzen will.

3. Den Berliner Kinder- und Jugendbericht verbindlich erstellen und ressortübergreifend ausrichten

Für diesen Punkt lassen sich anhand der vorliegenden Übersicht keine ausreichenden Informationen finden, um die Positionen der vier Parteien sinnvoll miteinander zu vergleichen. Der Aspekt eines ressortübergreifenden Kinder- und Jugendberichts wird in der Übersicht nicht konkret aufgegriffen.

4. Beteiligungsstrukturen stärken und mit echter Entscheidungsmacht ausstatten

Bei dieser Forderung zeigen sich deutliche Überschneidungen zwischen der Position der Servicestelle Jugendbeteiligung und den Programmen von Grünen, SPD und Linken. Alle drei Parteien wollen Beteiligungsstrukturen stärken und mit konkreteren Rechten ausstatten.



Dabei gehen die Forderungen teilweise deutlich über die reine Möglichkeit zur Beteiligung hinaus.

Die Grünen wollen Kinder- und Jugendparlamente in allen Bezirken und auf Landesebene ermöglichen und ihnen unter anderem Rede- und Antragsrechte in Bezirksverordnetenversammlungen, im Abgeordnetenhaus und in Ausschüssen geben. Die SPD fordert verbindliche Beteiligungsrechte auf Landes- und Bezirksebene sowie ein Landes-Kinder- und Jugendparlament mit eigenen personellen und sachlichen Ressourcen. Die Linke möchte Beteiligungsstrukturen auf Landesebene ausbauen und unter anderem Rede- und Beteiligungsrechte in bezirklichen Gremien sowie verbindliche Jugendbudgets in allen Bezirken verankern.

Die CDU setzt ebenfalls auf eine Stärkung von Beteiligungsmöglichkeiten und eine bessere Vernetzung der bezirklichen Kinder- und Jugendparlamente, formuliert jedoch weniger konkrete Mitspracherechte. Deutlich wird damit ein zentraler Punkt der Forderung der Servicestelle Jugendbeteiligung: Nicht allein die Existenz von Jugendgremien ist entscheidend, sondern vor allem die Frage, ob junge Menschen durch diese Strukturen tatsächlich Einfluss auf politische Entscheidungen nehmen können.

5. Beteiligung nachhaltig planen und ausreichend finanzieren

Auch bei der langfristigen Absicherung von Beteiligung gibt es deutliche Überschneidungen mit den Forderungen der Servicestelle Jugendbeteiligung. Grüne, SPD und Linke sprechen sich für eine verlässlichere und langfristige Finanzierung von Beteiligungs- und Demokratiearbeit aus. Dabei wird insbesondere die Bedeutung dauerhafter Strukturen und einer verlässlichen Finanzierung freier Träger hervorgehoben. Die Linke fordert zudem längere Förderzeiträume und eine Abkehr von einer rein projektbezogenen Logik.

Damit findet sich bei Grünen, SPD und Linken deutlich die Forderung nach einer Abkehr von kurzfristigen Projektlogiken hin zu langfristig abgesicherten Strukturen. Die CDU formuliert hierzu deutlich weniger konkrete Finanzierungsforderungen.

6. Beteiligung sichtbar machen und strukturell verankern

Grüne, SPD und Linke wollen Beteiligung stärker institutionell und verbindlich verankern. Dazu gehören beispielsweise Beteiligungsbüros, Koordinierungsstellen oder verbindliche Beteiligungsplanung. Die Grünen setzen auf die Stärkung von Beteiligungsbüros und



verbindliche Leitlinien, die SPD möchte bestehende Beteiligungsbüros absichern und weiterentwickeln, während die Linke insbesondere Koordinierungsstellen in den Jugendämtern und eine verbindliche, lebensweltorientierte Beteiligungsplanung hervorhebt. Die CDU bleibt bei diesem Punkt deutlich allgemeiner.

Damit greifen insbesondere Grüne, SPD und Linke die Forderung auf, dass Beteiligungsmöglichkeiten nicht vom Engagement einzelner Personen abhängig sein sollten, sondern durch dauerhafte Strukturen abgesichert werden müssen.

7. Schule als Ort der Mitbestimmung und Demokratiebildung

Bei der Bedeutung von Schule als Ort demokratischer Beteiligung gibt es eine große Übereinstimmung zwischen den Forderungen der Servicestelle Jugendbeteiligung und den Programmen von Grünen, SPD und Linken. Die Grünen betonen echte Beteiligungserfahrungen und Mitbestimmung auf Augenhöhe. Die SPD formuliert ausdrücklich, dass „Berliner Schulen demokratisch“ sein sollen und Demokratie nicht nur gelehrt, sondern erlebt werden muss. Die Linke möchte Schulen weiter demokratisieren und unter anderem selbstorganisierte Räume wie Schulclubs fördern.

Die CDU setzt dagegen einen stärkeren Schwerpunkt auf politische Bildung, Wertevermittlung, Respekt und Sicherheit. Damit gibt es auch hier eine gemeinsame Bedeutung von Demokratiebildung, jedoch unterschiedliche Schwerpunkte darin, wie Demokratie in der Schule konkret erfahrbar werden soll.

Besonders hervorzuheben ist, dass die Linke mit dem Ausbau von partizipativen Projekten wie dem Schüler*innenHaushalt ausdrücklich ein konkretes Beteiligungsformat aufgreift. Damit bleibt es nicht bei einer allgemeinen Forderung nach mehr Jugendbeteiligung, sondern es wird ein konkretes Instrument genannt, durch das demokratische Beteiligung im Schulalltag praktisch umgesetzt werden kann.

8. Frei zugängliche und selbstbestimmte Räume für junge Menschen schaffen

Auch bei der Forderung nach frei zugänglichen und selbstbestimmten Räumen für junge Menschen gibt es deutliche Überschneidungen mit den Programmen von Grünen, SPD und Linken. Alle drei Parteien setzen sich für den Ausbau bzw. die Absicherung von Jugendorten und Jugendangeboten ein. Besonders konkret wird die SPD mit der Forderung nach mindestens einem selbstverwalteten Jugendort pro Bezirk. Die Linke möchte Jugendclubs



als Orte der Begegnung und Demokratiebildung fördern, während die Grünen unter anderem Jugendfreizeitangebote ausbauen und Jugendorte auch für gemeinnützige Akteure aus dem Kiez zugänglich machen wollen.

Die CDU setzt ebenfalls auf Jugendclubs, legt dabei jedoch einen stärkeren Schwerpunkt auf deren Funktion als Orte der Begegnung und Demokratiebildung. Insgesamt zeigt sich damit bei mehreren Parteien eine klare Überschneidung mit der Forderung der Servicestelle Jugendbeteiligung nach Räumen, die junge Menschen nicht nur nutzen, sondern auch selbst gestalten und mit Leben füllen können.